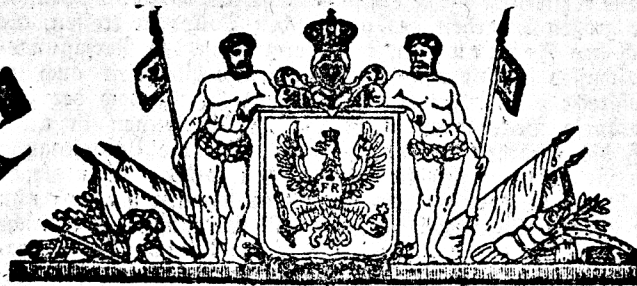


Vossische



Zeitung

Begründet

1764

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Vossische Zeitung“ erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 6 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf. Teuerungszuschlag 20%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): E. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Der Hauptauschuss für die Regierung.

Neben Kühlmanns und Ballrafs.

Im Hauptauschuss des Reichstags hat Staatssekretär v. Kühlmann gestern mit Berücksichtigung der vorangegangenen Debatte noch einmal die Grundlinien der Politik gekennzeichnet und nachzuweisen versucht, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe ungerechtfertigt seien. Er hat sich dabei insbesondere nochmals mit der Frage der besetzten Gebiete befaßt und dargelegt, daß er im vollen Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung in Brest-Litowsk verhandelt hat. Er versuchte auch, seine Auffassung über die Selbständigkeit der Ukraine zu rechtfertigen, um in diesen wie in anderen Punkten den Eindruck hervorzuheben und zu befestigen, daß sein erster Wille, den Frieden zustande zu bringen, unzweifelhaft ist. Demgegenüber verwies er auf die gewalttätigen Methoden der Bolschewiki, die nicht nur an den rechtlichen Grundfragen dieser Partei, sondern auch an ihrem Friedenswillen Zweifel entstehen lassen.

Der Appell des Staatssekretärs an die Parteien, die Einheit zu wahren, fand die beste Unterstützung durch die ganze Atmosphäre, in der die Rede des Herrn v. Kühlmann gehalten wurde. Sie war geschaffen durch die Mitteilung des Abg. Raumann über einen revolutionären Aufruf an die Arbeiterklasse, worin der Massenstreik gepredigt und der Abschluß des russischen Sonderfriedens bekämpft wird. In diesem Aufruf wurden Ursprünge, der auch den Mitgliedern der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion vorher nicht bekannt gewesen sein soll, ergriff auch der Staatssekretär des Innern Dr. Ballraf in der scharfen Auseinandersetzung das Wort. Seine knappe und eindringliche Rede hat wohlwollend sehr gut gewirkt. Auch er betonte den Friedenswillen Deutschlands, der durch die Reichstagsresolution wie durch die Antwort an den Papst zum Ausdruck gekommen ist, und wies auf den ungeborenen Willen der Gegner hin, der durch Unruhen Deutschlands gefährdet würde und nicht zu einer Verlängerung, sondern zu einer Beilegung führen müßte. Der Staatssekretär schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die bisherige Einheit und Treue dem Vaterland gegenüber gewahrt bleiben würde.

Den ausführlichen Bericht über die Ausschussung veröffentlichten wir in der dritten Beilage.

Straßenkämpfe in Moskau.

Kontinentalmeldung.

Petersburg, 24. Januar.

Während in der Hauptstadt kein Blutvergießen stattfand (7), wurden am Dienstag im Zentrum von Moskau 30 bis 40 Personen getötet, 200 verwundet, einschließlich vieler Frauen und Kinder. Eine große Prozession der Bolschewiki mit mehreren Maschinengewehren, Panzerwagen, Kavallerieabteilungen, bewaffneter Roter Garde, sowie österreichischen, deutschen und türkischen Gefangenen kam um 1 Uhr am Theaterplatz an, wo tausende Zuschauer sich versammelten. Als ein paar Revolvergeschosse, offenbar als Provokation, abgegeben wurden, folgte eine furchtbare Panik, wildes Gewehr- und Maschinengewehrfire von den Soldaten und der Roten Garde in der Prozession. Der Moskauer Sowjet berichtet, daß die Schiffe aus den Fenstern von drei Hotels, wo Maschinengewehre aufgestellt waren, abgefeuert wurden. Daraufhin wurde aus den Panzerwagen auf die Stadt geschossen.

Petersburg, 26. Januar.

Der Rat der Volksbeauftragten ernannte den Bürger Georg Schlichter zum Vizepräsidenten des Volksbeauftragten für die auswärtigen Angelegenheiten.

Gegen die „roten Despoten“.

Petersburg, 26. Januar.

In der Nacht vom 23. bis 24. Januar waren von unbekannten Händen an allen Straßenecken Petersburgs rote Plakate angebracht, auf denen ein Aufruf an das russische Volk zur allgemeinen Erhebung gegen die „roten Despoten“ aufgeführt wird. Das Plakat hat in Smolny beträchtliche Nervosität hervorgerufen. Die Oppositionsparteien werden durch die maximalistische Diktatur mehr und mehr gezwungen, zu den bekannteren Methoden des Parismus zurückzugreifen, um eine Möglichkeit zur Verständigung mit dem Volke zu erhalten. Die geheimen Kongresse sind zur Zeit noch zahlreicher als unter den Schreckenstagen des Parismus. Die maximalistische Presse, die sich aller Druckeinrichtungen der bürgerlichen und gemäßigt-sozialistischen Zeitungen bemächtigt hat, bringt eine Mitteilung von

der Einberufung eines Geheimkongresses der „national orientierten Großrussen zur Rettung des Landes vor der Hungersnot“. In zahlreichen Straßen finden Scharmügel zwischen den Roten Garde und den gemäßigten Arbeitern und Soldaten statt.

Meldungen aus Finnland berichten von Kämpfen zwischen der Roten und Weißen Garde. In Wiborg fanden blutige Zusammenstöße statt. Der Bahnhof wurde von der Roten Garde genommen. Es geht das Gerücht, daß im Norden Finnlands bei Auswa ein heftiger Kampf wütet.

Neue U-Boot-Erfolge.

Amliche Meldung.

Unsere U-Boote haben auf dem nördlichen Kriegsschauplatz sechs Dampfer und zwei Fischerfahrzeuge versenkt. Die Dampfer waren meist tief beladen, bei zwei von ihnen konnte Bewaffnung festgesetzt werden. Unter den beiden versenkten Fischerfahrzeugen war der französische Fischkutter „Hirondelle“.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Immer neue Mittel versuchen die Engländer, um unsere U-Boote zu täuschen. Die neueste List besteht darin, daß feindliche Dampfer bei Nacht eine auffallend helle Laterne führen, die mit ihrem gelben Licht das U-Boot blenden und die richtige Schätzung von Größe, Entfernung, Fahrtgeschwindigkeit und Kurs für die Einstellung des abzufirenden Torpedos verhindern soll. Die Versenkung mehrerer so ausgerüsteter Dampfer beweist den Mißerfolg dieses Täuschungsversuchs. Kürzlich wurde in der Nordsee auch ein Dampfer beobachtet, der auf seiner Bordwand die Umrisse eines Torpedobootes aufgemalt hatte, um dem angreifenden U-Boot die Anwesenheit von Kriegsbegleitung vorzutäuschen. Auch diese List mißlang.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 26. Januar, abends.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Ururteilung feindlicher Flieger.

Wegen Abwurfs von Aufzügen.

Die am 17. Oktober 1917 südwestlich Cambrai abgeschossenen Insassen eines Flugzeuges der 11. Schwadron, Leutnant Schölte und Leutnant Wozley, sind am 1. Dezember 1917 vom Gericht einer mobilen deutschen Stappenkommantantur wegen Abwurfs feindlicher Aufzüge nach Bekanntmachungen auf Grund von Paragraph 58, Ziffer 9 in Verbindung mit Paragraph 160 des Militärstrafgesetzbuches zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Die englischen Verluste vor Imbros.

Drahtmeldung.

Amsterdam, 26. Januar.

Wie die „Expres-Korrespondenz“ erfährt, haben die englischen Kriegsschiffe im Seegefecht bei Imbros erhebliche schwere Verluste erlitten als amlich zugegeben wird. Es sind nämlich außer den Monitoren „Maglan“ und „28“, die explodierten, die beiden Torpedoboot-Zerstörer „Lizard“ und „Egria“, schwer beschädigt worden. Der „Egria“ wurde durch eine Kesselhaube außer Gefecht gesetzt. „Lizard“ hatte 18 Tote und 21 Verwundete, „Maglan“ 26 Tote und Verwundete, während die Verluste des „Egria“ sich auf 14 und die des Monitors „28“ auf 22 Tote und Verwundete beziffern.

Der Wiener Generalstabsbericht.

Amlich wird verlautbart:

Wien, 26. Januar.

Die Artillerietätigkeit war namentlich auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden und beiderseits der Brenta sehr lebhaft. Der Chef des Generalstabes.

Wilson's Antwort.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Genf, 26. Januar.

Der „New York Herald“ meldet: Präsident Wilson wird die Reden des deutschen Reichskanzlers und des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern am kommenden Freitag im Kongress beantworten. Das Staatsdepartement weigert sich, entgegen der sonstigen Gepflogenheit, über den Inhalt der voraussichtlichen Antwort des Präsidenten Informationen an die Presse zu geben.

Die nationalliberale Verantwortung.

Von

Dr. Friedrich Schimme.

In der Generaldiskussion der Wahlrechtskommission ist mehrfach die Vorgeschichte des Erlasses vom 11. Juli gefordert worden. Herr v. Handebrand, der Führer der Konservativen, hat am 17. Januar behauptet, die Regierung sei bisher den Beweis schuldig geblieben, daß die Juli-Botschaft nicht auf äußeren Druck zurückzuführen sei; das aber sei von größter Wichtigkeit, weil man nur in diesem Zusammenhange die Botschaft richtig beurteilen könne. Ein freikonservativer Redner hat in dem Erlaß vom 11. Juli nur eine Konzession an den früheren Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg sehen wollen, um ihm seinen Wunsch zu ermöglichen, an seinem Amt zu bleiben. Ein nationalliberaler Redner hat die Schuld dafür, daß durch die Wahlrechts-Botschaft die Situation so unangenehm geworden sei, auf die frühere Regierung, das heißt Herrn v. Bethmann-Hollweg, geschoben. Ein anderes nationalliberales Mitglied der Kommission, wohl der Führer der Partei Dr. Schömann selbst, der schon in seiner Rede vom 6. Dezember das Signal zu den heftigen Angriffen auf den fünften Kanzler gegeben hatte, hat seine Vorwürfe jetzt auf die gegenwärtige Regierung ausgedehnt: warum sie es mit der Einbringung der Wahlrechtsvorlage so eilig gehabt habe, anstatt zu warten, bis der Krieg zu Ende sei?

Man versteht nicht recht, warum die Regierung in der Wahlrechtskommission zu all diesen Vorwürfen und Anklagen geschwiegen hat. Tatsächlich wäre nichts leichter gewesen, als durch ein Eingehen auf die Vorgeschichte der Osterbotschaft und des Wahlrechtserlasses vom 11. Juli die Vorwürfe in einer namentlich für die Nationalliberalen äußerst beschämenden Weise zu entkräften. Denn aus der Entstehungsgeschichte dieser Erlasse ergibt sich klipp und klar, daß es gerade die Nationalliberalen gewesen sind, welche die Regierung in dem einen wie dem anderen Falle vorwärtsgebrängt haben. In einem kürzlich in den „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung“ erschienenen größeren Aufsatz habe ich mich der Mühe unterzogen, die Vorgeschichte vor allem der Osterbotschaft, übersichtlich zusammenzustellen, indem ich die Äußerungen Bethmann-Hollwegs mit denen der nationalliberalen Führer Friedberg, Stresemann und Schiffer vom 14., 20. und 30. März gleichsam konfrontierte. Niemand wird danach im Zweifel sein können, daß für den Erlaß der Osterbotschaft die Haltung der nationalliberalen Partei entscheidend ins Gewicht gefallen ist; zum Ueberflus haben sich die Nationalliberalen ja dessen auch oft genug gerühmt. Nicht anders aber steht es mit dem Erlaß vom 11. Juli: auch hier tragen die Nationalliberalen in einem Maße wie keine andere Partei die moralische Verantwortung. Aus den Verhandlungen der Reichstagsausschüsse in den Tagen unmittelbar vor dem 11. Juli seien, in Ergänzung des erwähnten Aufsatzes, folgende Tatsachen festgelegt:

In der Sitzung des Hauptauschusses vom 4. Juli hat der Abgeordnete Stresemann die Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Roske über die Notwendigkeit, sofort mit der Neuordnung im eigenen Lande zu beginnen, nachdrücklich unterstrichen: alles, was Roske gesagt habe, sei durchaus zutreffend, und jede Verzögerung dieser Maßnahmen würde dem Vaterlande nur zum Schaden gereichen!

Genau in dem gleichen Sinne äußerten sich die Vertreter der nationalliberalen Reichstagsfraktion in den Verhandlungen des Verfassungsausschusses. Als dieser am 4. Juli in die Beratungen über die Wahlrechtsreform eintrat, lag ihm neben weitergehenden Anträgen der Abgeordneten Bernheim und Genossen der sozialdemokratischen Fraktion auch eine von dem Nationalliberalen Jund unterzeichnete Resolution Müller-Meinungen vor, die die unverzügliche Durchführung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten forderte. Zur Begründung der Resolution hat der Abgeordnete Jund am 4. Juli gesagt (nach der „Rölnischen Zeitung“): „Es ist jetzt die höchste Zeit, Entschlüsse zu fassen. Seit der Osterbotschaft hat sich vieles ereignet; der Krieg wird nicht sobald zu Ende gehen. Ein Umschwung in der Stimmung des Volkes ist unverkennbar. Verzug wäre für die deutsche Sache nicht ungefährlich. Es liegt im Interesse der preussischen Krone, die preussische Reform jetzt sofort in die Hand zu nehmen.“ Ebenso äußerte der Abgeordnete Schiffer am 6. Juli aus: Die Reformen müßten ohne Verzug vorgenommen werden. Die Osterbotschaft habe der Hoffnung auf baldigen Frieden Aus-